

## Ambivalente Gefühle beim Demonstrieren

Corona-Demos: „Es geht um Verhältnismäßigkeit“ und „Ich weiß, was ich weiß“, Leserforum v. 13.8. und Feuilleton v. 15.8.

### Vorsichtsmaßnahmen müssen bleiben

Ist es so schwer zu verstehen: Nicht weil Covid-19 in Deutschland einen relativ milden Verlauf genommen hat, haben sich die Vorsichtsmaßnahmen als übertrieben oder gar überflüssig erwiesen, sondern umgekehrt: Der Verlauf ist deshalb relativ milde, weil die Vorsichtsmaßnahmen angeordnet und überwiegend befolgt wurden. Und deshalb ist es so wichtig, dass sie weiterhin aufrechterhalten werden.

Peter Schindler, Königswinter

### Ein kleines bisschen weniger wütend

Ich muss gestehen, als ich zum ersten Mal die Bilder der „Demonstrationen zum Schutz unserer Freiheitsrechte in der ‚Corona-Krise‘“ sah, die Kommentare las und das Gebrüll der Demonstranten hörte, fehlte mir jegliches Verständnis. Klar, jeder hat das Recht zum Andersdenken, und natürlich werden wir in selbstverständlich gewordenen Annehmlichkeiten eingeschränkt. Aber sahen denn die empört kreischenden Demonstranten nicht ein, dass all diese Maßnahmen zu ihrem Schutz und natürlich auch zu dem der Mitmenschen erlassen wurden? Waren all diese Leute rücksichtslos und nur auf die eigene Bequemlichkeit, den eigenen Spaß bedacht?

Aber es waren so viele und so verschiedene Menschen. Ich kann mir keinen Reim darauf machen, was diese bunt zusammengewürfelten Individuen gemeinsam haben – außer vielleicht Angst. Und zwar nicht die Angst, ihre Freiheitsrechte zu verlieren, nicht die Angst, das Lieblingsrestaurant eine Zeitlang entbehren zu müssen – auch nicht die Angst, auf den Urlaub verzichten zu müssen. Nein, es könnte die Angst vor etwas viel Schlimmerem, etwas Unfassba-

rem sein: die Angst vor der Krankheit selbst, davor, was sie einem antun kann.

Covid-19 kann unserem Körper Schlimmes zufügen. Es können Folgeschäden auftreten, die unser Leben gravierend verändern. Man kann an Covid-19 sterben. Wenn wir über all dies nachdenken müssen, weil wir keine Parties feiern, weil wir nicht in den Urlaub fliehen dürfen, weil wir Masken tragen müssen, die uns an diesen grausamen, unsichtbaren Feind erinnern, dann gehen wir zur Demo und kämpfen gegen einen sichtbaren, fassbaren Feind, gegen die „blöden Politiker“, die uns durch ihre Regeln dazu zwingen uns unserer Angst zu stellen, uns der Tatsache zu stellen, dass wir sterblich sind. Und so brüllen wir bei den Demos wie ein Kind, das die Angst im Dunkeln durch Singen oder Pfeifen vertreiben will. Wenn ich solchen Gedanken nachhänge, dann macht mich der Anblick dieser „lauten Kinder“ ein kleines bisschen weniger wütend. Christa Kreß, Gelnhausen

### Wenn Wissen und Bildung nur bedingt weiterhelfen

Die Meinung von Herrn Nutt, dass es einer soliden Wissensbildung bedarf, teile ich zwar, aber dieses Wissen allein hilft nicht, wenn ich nicht meine Gefühle, die durch diese extreme Situation ausgelöst werden, reflektiere. Die meisten Menschen, die gegen die strengen Corona-Maßnahmen auf die Straße gehen, tun dies zwar, weil sie angeblich anderer Meinung sind, aber viele handeln aus einem Affekt heraus. Da helfen Wissen und Bildung nur bedingt weiter. Vielmehr wäre es nötig, die eigenen Affekte und ihre Ursachen besser zu verstehen.

Nutt spricht von seiner Ambivalenz. Ambivalenzen sind auch gefühlsbedingt. In diesem Fall könnten diese sich so äußern – so

geht es mir seit Wochen –, zwar die strengen Regeln zu akzeptieren, mir aber Sorgen um die Folgen dieser Ausnahmesituation für die Demokratie zu machen (siehe dazu auch das Interview mit Nida-Rümelin in der Ausgabe von 19.5.). Die Corona-Krise und ihre Folgen konfrontieren uns nicht nur mit dem Virus und in der Folge mit Ge- und Verboten und den Meinungen, welche wir uns dazu bilden, sondern auch mit unserem Demokratieverständnis, unserer Lebenshaltung, unserer Rolle als Bürger und/oder Konsumenten, mit Zukunftsperspektiven. Ich finde, dafür lohnt es sich, auch weiterhin auf die Straße zu gehen, auch mit ambivalenten Gefühlen. Allerdings sollten wir dabei darauf achten, uns nicht von affektgeladenen, durchgeknallten Rechtsradikalen und Nazis vereinnahmen zu lassen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

### Höhere Arbeitslosigkeit ist wohl unvermeidlich

Im Herbst wird man noch nicht sehen, wie dramatisch sich die Pandemie entwickelt oder nicht. Der Anlauf der Schulen sollte das wichtigste Thema sein und das wir gleichzeitig versuchen, einen neuen Lockdown zu verhindern. Höhere Arbeitslosigkeit ist wohl unvermeidbar. Unser Wirtschaftssystem lässt nichts anderes zu. Der Staat sollte möglicherweise bei der Grundsicherung eingreifen, um Leuten zu helfen, die diese dann erreicht haben. Die Kurzarbeit wird erst in 2021 an ihre Grenzen kommen. Wie will man auf Dauer begründen, dass drei Millionen Arbeitslose nach einem Jahr Grundsicherung bekommen und andere drei Millionen jahrelang in Kurzarbeit sind? Das wird so nicht machbar sein. Entscheidend wird 2021 sein. Der Staat kann nicht sein Volk auf Dauer alimentieren. hans via FR-Blog

Diskussion: [frblog.de/stellenabbau/](https://frblog.de/stellenabbau/)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Leserbrief@fr.de](mailto:Leserbrief@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200803](https://frblog.de/lf-20200803)  
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:  
**Kanzlerkandidat Olaf Scholz**  
**Antisemitismus**  
**Atomare Abrüstung**  
**Die FR wird 75**  
Und weitere. Eine Übersicht: [frblog.de/aktuell](https://frblog.de/aktuell)

### FR ERLEBEN

**Andreas Schwarzkopf** diskutiert mit Gregor Hofmann (HSFK) über „Die Katastrophe in der Katastrophe – Wenn die Pandemie eine ohnehin hoffnungslose Situation noch verschlechtert“. Diskutieren Sie mit:  
**Donnerstag, 20. August, 19 Uhr**  
[www.boell-hessen.de/YouTube](https://www.boell-hessen.de/YouTube)

**Stephan Hebel** und Club Voltaire laden wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion über aktuelle Politik. Auch diesmal digital.  
**Donnerstag, 3. September, 19 Uhr**  
<https://us02web.zoom.us/j/84165015963>. **Einwahlnummern für Teilnahme per Telefon:**  
**069 38 07 98 83 / 069 71 04 99 22**  
**Meeting-ID: 841 6501 5963**

**Tobias Schwab** moderiert die Diskussion „Großes beginnt im Kleinen – Wie wir morgen noch ein gutes Leben haben können“, mit Malu Dreyer (Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz), Dr. Michael Kopatz (Wuppertal Institut) u.a. Anmeldung unter [anmeldung@fairewelten.de](mailto:anmeldung@fairewelten.de)  
**Freitag, 4. September, 18 Uhr**  
**Frankfurter Hof,**  
**Augustinerstraße 55, Mainz**

## Mitschuldig an den Folgen

Nord Stream 2: „Inakzeptable Drohung“, FR-Wirtschaft v. 8. August

Unkonventionelles, mit hochgiftiger Chemie gewonnenes Frackinggas aus den USA kann nur eine starke Beschleunigung des Klimawandels bedeuten. Aus den vergifteten Gebieten mit Schiefergasvorkommen verflüchtigen sich gigantische Mengen des Klimakillers Methan. Unsinnig lange Transportwege und die Verschiffung des auf minus 164 Grad C abgekühlten LNG setzen zusätzlich wahnsinnige Mengen CO<sub>2</sub> frei, abgesehen davon, dass das LNG-Frackinggas sowieso nur ein üblicher fossiler CO<sub>2</sub>-Brennstoff ist, wie Erdöl und Kohle. Wir machen uns an den Folgen mitschuldig, weil wir auf Druck der USA das Ganze mitfinanzieren und für diesen Wahnsinn sogar unsere Häfen ausbauen.

Luisa Neubauer und Greta Thunberg glauben, dass sie zur letzten Generation gehören, die am Klimawandel noch was ändern könnte. Diese Vision machen wir damit endgültig zunichte. Uns und unserer Politik geht's vor allem darum, möglichst dicke Autos zu fahren und Billigflüge zu ermöglichen. Wir machten uns die Welt rücksichtslos untertan. Für die nachfolgende Generation wird sich das bald gnadenlos umkehren.

Rainer Wild, Wunsiedel

### Europäische Eigenproduktion

Bravo Frau Schwesig! Es gibt in der Politik ja doch noch jemanden mit Charakter!

Es wird Zeit, dass Europa und hier besonders Deutschland sich nicht länger wie eine Kolonie und Vasall der Amerikaner behandeln lassen. Auch das Verteidigungsministerium ist hier gefragt. Keine Abhängigkeit von amerikanischen Waffen! Europäische Eigenproduktion ist hier gefordert! Und die Erpressungopfer gehören mit Finanzmitteln unterstützt, die sonst in die Türkei fließen. Emil Jacob, Poppenhausen

### SORRY

**Unser Interview** mit Daniel Cohn-Bendit („Beim Stigma Antisemitismus hört die Auseinandersetzung auf“, 15. August, Seite 32) enthält wegen einer ungenauen redaktionellen Bearbeitung einen Fehler. Es heißt darin, der Deutsche Bundestag verbiete in kommunalen Räumen Veranstaltungen der umstrittenen Bewegung BDS. Richtig ist: Der Bundestag ruft Länder, Städte und Gemeinden dazu auf, ihre Räume nicht zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich also um einen Aufruf, nicht um ein Verbot. Der BDS ruft unter anderem zum Boykott von Waren aus Israel und den besetzten Gebieten auf. „**Ausgeglichen**“ war unser Artikel über die Longlist für den Deutschen Buchpreis (19. August, Seite 31) überschrieben. Das Verhältnis zwischen Autorinnen und Autoren sei 9 zu 11, hieß es im Text. Wir haben uns verzählt: Es steht 10 zu 10. Ausgeglichen eben.

## Eine haltlos verzerrte Sicht

Zum Interview mit Monika Maron: „Ich bin freiheitssüchtig“, FR-Feuilleton vom 8. August

Sähen Staat und Gesellschaft in Deutschland wirklich so aus, wie Frau Maron sie beschreibt, müsste man sich Sorgen machen.

Bei allem Respekt vor Marons Art, Zeitungen zu lesen, muss man ihr doch energisch widersprechen, wenn sie sagt, sie könne sich schon vorher denken, wie über bestimmte Dinge in der „Süddeutschen“, in der „Zeit“, FR und „Spiegel“ berichtet werde. Es wird glücklicherweise nicht in der Weise berichtet, wie Frau Maron verharmlosend die Vorgänge um die widerrufenen Wahl des Herrn Bernig als Kulturamtsleiter von Radebeul darstellt. Dieser Herr ist von CDU und AfD gewählt worden. Der Protest dagegen bezog sich auch darauf, dass der Kandidat in neurechten Publikationen veröffentlicht hat. Da die AfD nicht nur im Bereich der Kulturpolitik andere Zustände

will, war es notwendig, die Wahl zu annullieren. Darüber ist in diesen Zeitungen, und übrigens auch in der FAZ, differenziert berichtet worden.

Frau Marons Sicht, die Grünen hätten die „gesamte öffentliche Diskussion in Deutschland gekapert, von den Schulen, über die Universitäten in die Medien“, was sie alles „hochideologisch“ finde, muss man ebenfalls widersprechen. „Ideologisch“ ist immer das, was die anderen sagen und was einem nicht passt. Wäre es so, wie Maron sich das vorstellt, dann würden Frau Baerbock und Herr Habeck dieses Land mit eiserner grüner Hand und absoluter Mehrheit regieren, und Herr Tönnies dürfte nur noch Tofuwurst produzieren.

Schließlich wundere ich mich darüber, wenn Maron vorwurfsvoll sagt: „Jeder kann seine Meinung sagen, ja! Aber nur,

wenn er die Folgen trägt!“ Was soll daran so skandalös sein? Wenn ich eine Meinung vertrete, muss ich damit rechnen, dass mir widersprochen wird. Wenn meine Argumente nicht überzeugen, muss ich bessere finden oder meine Meinung ändern. Es überzeugt mich zum Beispiel überhaupt nicht, wenn Maron eine besondere aus DDR-Erfahrungen geprägte Sensibilität in Anspruch nimmt, wenn ihre Auffassungen kritisiert werden. Wieso stellt eine Kritik, auch eine harte, eine „Beschränkung der Meinungsfreiheit“ dar?

Maron fährt im Gespräch fort: „dass es wieder so weit“ sei. Ihre Gleichsetzung der damaligen Erfahrungen der Repression gegenüber Andersdenkenden in der DDR mit der heutigen Situation, in der man Kritik erfährt, ist eine völlig maß- und haltlose sowie verzerrte Sicht.

Hans-Werner Küster, Gütersloh